Neue Argumente in der Diskussion um die Bildung der Verbandsgemeinden

Stadtumlandprobleme gewinnen immer mehr Gewicht / Neue Konzeption ist nötig

R. A. - Die Stadt- und Gemeindevertretungen des Kreises Mainz-Bingen nutzen die Zeit, die ihnen zur Stellungnahme zum Zielplanentwurf des Innenministeriums für die Verbandsgemeinden in Rheinhessen gesetzt worden ist. Dabei werden neue Argumente in die Debatte geworfen, die erkennen lassen, daß das Stadtumlandproblem eine immer größere Bedeutung gewinnt.

Es ist nicht zu übersehen, daß sich der Trend nach Mainz genau in den Gemeinden verstärkt hat, die Oberbürgermeister Jockel Fuchs in seinem Interview mit unserer Kreisredaktion als mögliche spätere Stadtteile der Landeshauptstadt genannt hat. Umgekehrt haben sich die Gemeinden Mommenheim und Lörzweiler auch deswegen für die Orientierung nach Nierstein entschieden, weil sie nicht mit Bodenheim in den Sog von Mainz geraten wollen.

Budenheim und Heidesheim betonen übereinstimmend ihre Selbständigkeit, wobei sich Budenheim über eine spätere Orientierung nach Mainz im klaren ist, während sich in Heidesheim die Lage zwischen Mainz und Ingelheim dahin auszuwirken scheint, daß hier die Richtung für später noch nicht eindeutig erkennbar ist.

Im Raum Ingelheim besteht im übrigen seit langem Klarheit über die große Richtung der Entwicklung, unterschiedliche Meinungen jedoch über die künftige Bedeutung der Stadt Gau-Algesheim, die ihre Chancen aus dem Zielplanentwurf des Innenministeriums zu nutzen entschlossen ist.

Indessen sind die schwachen Stellen des Entwurfes bereits zutage getreten: Ockenheim und Dromersheim gehören nicht zum Umland von Gau-Algesheim, sondern zum Einzugsgebiet von Bingen. Dromersheim scheint entschlossen, diesen Weg sofort zu gehen, und führt parallel mit Sponsheim, das dazu auch vom Ministerium legitimiert ist, Eingemeindungsverhandlungen mit Bingen. Das scheint Schule zu machen. Man hört entsprechende Gespräche in Grolsheim und sogar in Gensingen, wonach diese Orte sich gleichfalls nach Bingen orientieren wollen, falls der Sitz ihrer Verbandsgemeindeverwaltung zuletzt doch noch nach Sprendlingen kommt, das dafür gewichtige Argumente geltend gemacht hat.

● Wenn das bis zum 15. Mai laufende Anhörverfahren für die Städte und Gemeinden einen Sinn haben soll, bedarf der jetzige Zielplanentwurf einer gründlichen Überarbeitung, bei der sicherlich weniger Verbandsgemeinden herauskommen werden, als jetzt vorgesehen sind.

In diesem Zusammenhang verdient die von den Jungsozialisten entwickelte Konzeption Beachtung. Sie stellt allerdings den Bestand der beiden rheinhessischen Landkreise in Frage, wozu der Landtag ein Jahr nach deren gesetzlicher Gründung kaum bereit sein dürfte. Immerhin ist der Gedanke richtig, größere Einheiten zu bilden, die den schon jetzt sichtbaren Entwicklungslinien der Zukunft entsprechen. Das ist auch ohne durchgreifende Überschreitung der Kreisgrenzen möglich.

● Es wäre bedauerlich, wenn man die Willensbekundungen der Gemeinden nicht zum Zuge kommen ließe, sondern an einem Konzept festhielte, das weithin als unzulänglich abgelehnt wird. Schließlich ist nicht zu leugnen, daß die Städte Mainz, Bingen und Ingelheim eine großzügige Lösung ihrer Stadtumlandprobleme brauchen, wenn dieser Raum einschließlich des gesamten rheinhessischen Hinterlandes sich seinen Chancen entsprechend weiter entwickeln soll.